

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	94
		TOP:	4
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	27.10.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold, BM Thürnau		
Berichterstattung:	Herr Dr. Görres (AfU), Frau Dr. Winter (Fa. Intep - Integrale Planung GmbH)		
Protokollführung:	Herr Haupt / as		
Betreff:	Sachstandsbericht zur Klimarelevanzprüfung, Grauen Energie, Scope 3 - Antrag Nr. 343/2022 vom 26.10.2022 (90/GRÜNE, SPD, FrAKTION..., FDP, PULS) - mündlicher Bericht -		

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform beigelegt.

Herr Dr. Görres (Amt für Umweltschutz, AfU) berichtet im Sinne der angehängten Präsentation (Folie 1 bis 6 und 13 bis 16) und geht hierbei auf die Beantwortung des interfraktionellen Antrags Nr. 343/2023 ein.

Die aus Berlin zugeschaltete Frau Dr. Winter (Fa. Intep - Integrale Planung GmbH) berichtet im Sinne der angehängten oben erwähnten Präsentation (Folie 7 bis 12).

StR Roth (90/GRÜNE) betont, die dargestellten Tools würden als Entscheidungsgrundlage benötigt und über dieses Thema sei bereits in den letzten vier Jahren diskutiert worden. Der Gemeinderat wünsche eine Transparenz über die laufenden Bauvorhaben und die Information, welche Emissionen und Ressourcen sie verursachten. Eine Quantifizierung von CO2 sei nötig und zukünftig würden neben dem finanziellen Aspekt auch

das Thema CO₂ und der Bereich der vorhandenen Personalkapazitäten in der Verwaltung wichtig. Bezüglich des Themas CO₂-Emissionen sei im Februar 2020 durch den Beschluss "Weltklima in Not" festgelegt worden, zukünftig alle relevanten Beschlüsse auf deren Auswirkungen auf das Klima zu untersuchen. Nun sei bereits Oktober 2023 und für diese Verzögerung wolle er nicht allein das AfU verantwortlich machen, da dieses Thema Referats- und Ämterübergreifend funktionieren müsse, so StR Roth. Alle Institutionen müssten sich beteiligen, damit der Gemeinderat schlussendlich verlässliche Informationen erhalte. Insgesamt dauere der Prozess zwar zu lange, allerdings sei nun die weitere Entwicklung positiv zu bewerten.

Im November 2022 sei ein interfraktioneller Antrag gestellt worden, es solle nicht lediglich der Hochbau und die Fahrzeuge, sondern ebenso der Tiefbau bezüglich Scope 3 betrachtet werden. Dies betreffe alle vor- und nachgelagerten Emissionen, die gewöhnlich nicht direkt betrachtet würden. Die Verwaltung habe eine Vorlage zur Kanalsanierung im Stadtbezirk Vaihingen erstellt und zudem angekündigt, eine weitere Vorlage zur Friedrichswahl auszuarbeiten, bei der verschiedene Tunnelvarianten untersucht würden. Für seine Fraktion sei es wichtig, ein Großprojekt wie die Schleyerhalle hinsichtlich Scope 3 zu begutachten. Hierbei solle diese Halle nur dann komplett saniert oder neu gebaut werden, wenn im Vorfeld die CO₂-Emissionen ermittelt würden. Dies gelte nicht lediglich für den Betrieb, welcher CO₂-neutral sein sollte, sondern ebenso für die Erbauung. Diese Aspekte müssten ins Verhältnis zu dem CO₂-Budget der Stadt gesetzt werden, um im Jahr 2035 einen Einblick darüber zu gewinnen, wieviel CO₂ die LHS schlussendlich noch emittieren könne und wie viele Großprojekte noch durchgeführt werden könnten. Hinsichtlich dieses CO₂-Budgets habe die Verwaltung keine Aussage getätigt, obwohl dies Wunsch seiner Fraktion gewesen sei. Der Sachverhalt sei offenbar sehr kompliziert, da alle Ebenen in Bezug auf die Lieferketten hierbei eingerechnet werden müssten. Dennoch stelle sich die Frage, wie sich die Verwaltung einem CO₂-Budget für die Stadt annähern könne und wie hierzu ein schlankes Verfahren entwickelt werden könne. Das von der Firma Intep vorgestellte Tool könne durchaus in geeigneter Weise angewendet werden. Dies treffe ebenso zu auf das Tool der NBBW (Nachhaltiges Bauen Baden-Württemberg), welches bereits eingesetzt werde. Die Anwendung derartiger Tools sei sinnvoll und solle bei jeglichen Vorlagen angewendet werden, da nicht die Bürokratie ausgeweitet werden solle. Die Berechnungen der Verwaltung sollten nicht bis auf das letzte Detail hinsichtlich des CO₂-Anteils fundieren. Seine Fraktion teile die Auffassung, dass die Betrachtung des CO₂-Anteils erst kurz vor dem Baubeschluss im Tiefbaubereich zu spät sei. Daher müsse der Gemeinderat bereits zu einem Zeitpunkt vor der Phase 6 bezüglich des CO₂-Anteils zumindest grob informiert werden. Falls dort eine Ablehnung durch das Gremium erfolge und nicht erst kurz vor Baubeginn, könnten viele Planungskapazitäten in der Verwaltung eingespart werden. Seine Fraktion habe ihre Haushaltsanträge u. a. bezüglich der Ressourcenausstattung in der Verwaltung gestellt, damit diese auskömmlich weiterarbeiten könne. StR Roth schlägt eine Sondersitzung zum Thema Beschaffung im Dezember vor.

Aus dem Bericht der Verwaltung gehe hervor, dass mit dem Tool der NBBW bereits eine lange Zeit gearbeitet werde und es im Jahr 2022 bei 50 % aller Schulbauprojekte eingesetzt worden sei, so StR Dr. Jantzer (SPD). Nun stelle sich die Frage nach den damit gesammelten Erfahrungen und den operativen Wirkungen bei der Umsetzung. In Bezug auf die Endbilanzierung befinde sich die Stadt mit den Tools auf einer Wegstrecke und es könnten mit diesen Tools Entscheidungen getroffen werden. Hinsichtlich der Einkaufsentscheidung stimmt der Stadtrat den Ausführungen von Herrn Dr. Görres zu, da diese Entscheidung schließlich sehr relevant sei.

StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) betont, mit den Tools werde derzeit ein gewisser blinder Fleck bei der ganzheitlichen Vorgehensweise in Bezug auf das Klima und die Stoffströme beseitigt. Bei den Tools handle es sich um Instrumente, die vor der Beschlussfassung eingesetzt würden und zu alternativen Abwägungen zugunsten von klimaneutraleren Varianten beim Bauen führen könnten. Die richtigen Entscheidungen müssten konzeptionell so rasch wie möglich getroffen werden. Die Themenfelder Konsum und Bauwirtschaft fehlten konzeptionell in dem gesamten Kontext, da diese bislang bezüglich Scope 3 ausgeklammert worden seien. Nun werde dieser Aspekt zwar vor einer Entscheidung, nicht aber nach Durchführung der Maßnahme berücksichtigt. Diese Berücksichtigung müsse jedoch ebenso vor einer Entscheidung erfolgen. So stelle beispielsweise der Bausektor einen enorm relevanten Sektor dar, der in den Handlungsfeldern bezüglich der Klimagerechtigkeit allerdings komplett fehle. Schließlich stammten global rund 40 % des CO₂-Ausstoßes und etwa 50 % der Abfälle aus der Bauwirtschaft, womit diese in Bezug auf die Stoff- und Energieströme sehr wichtig sei. Nach Auffassung des Stadtrats sei es an der Zeit, Abriss und Neubau nicht mehr zu akzeptieren. Daher seien Veranstaltungen bezüglich des Abrissmoratoriums durchgeführt worden. Insgesamt müsse eine Bauwende herbeigeführt werden, in der eine Sanierung klar vor dem Abriss stehe. Dies fordere seine Fraktion bereits seit Jahren. Man könne sich eine derartige Dynamik etwa bei gewerblichen Bauten in der Königstraße oder bei Wohngebäuden nicht mehr erlauben. Zukünftig müssten die bestehenden Gebäude behutsam ergänzt, aufgestockt, modernisiert und umgebaut werden, was aufgrund des größeren Aufwandes erheblich mehr Planungsressourcen erfordere.

Dieser Tagesordnungspunkt befinde sich auf der heutigen Tagesordnung, da er nachdrücklich darum gebeten habe, dem vorliegenden interfraktionellen Antrag nochmals nachzugehen, so StR Ozasek (PULS). Im Rahmen der Beschlussfassung hätte die Verwaltung hierzu bis zum 2. Quartal mit einer Korrektur der Beschlussfassung zur Klimarelevanzprüfung im dem Sinne des Antrags Nr. 343/2023 vorstellig werden sollen, den er federführend eingebracht habe, so der Stadtrat. Eine Territorialbilanzierung sei ebenso wenig ausreichend wie Scope 1 und 2. Graue Energie solle bemessen und hierbei ein ehrliches Bilanzieren unter Bezugnahme auf Scope 3 durchgeführt werden, da - wie von StR Rockenbauch ausgeführt - 50 % der globalen Emissionen auf den Bausektor entfielen und dies im Net-Zero-Plan weitgehend vernachlässigt worden sei.

Ebenso müsse eine Lebenszyklusbetrachtung angewendet werden und Herr Dr. Görres habe dies in seiner Berichterstattung mit der kommunalen Ressourcenstrategie verflochten. Dieses Projekt habe er 2017 beantragt und der Gemeinderat sei diesem Antrag gefolgt und es sei damals ein Haushaltstitel bewirkt worden. Nun habe es 6 Jahre gedauert, bis das erste Mal über dieses Tool diskutiert werde, das bedauerlicherweise nicht zur Anwendung komme, wenigstens jedoch zu einem großen Erkenntnisgewinn führe. Dies beziehe sich auf die Ökobilanzierung und die Erstellung eines maßnahmenbasierten Leitfadens, der in den Leistungsphasen optimiert werde. Ebenso solle Baustoffinventarisierung in Hinblick auf zirkuläres Bauen betrieben werden. Die nun entstandenen Inhalte seien sehr zu begrüßen. Dies treffe ebenso auf die Tatsache zu, welcher Zuwachs an Know-how damit verbunden sei und welche konkreten Vorhaben bilanziert worden seien. Die Verwendung des NBBW-Tools sei ebenso positiv zu bewerten.

Zum Zeitpunkt der Antragsstellung habe dieses Tool noch nicht bestanden, betont StR Ozasek. Bezüglich des Themas Tiefbau stimme er den Ausführungen von StR Roth insofern zu, als die Anwendung des Tools in der Leistungsphase 6 zu spät sei. In der Bilanzierung müsse bei diesem Aspekt früher angesetzt werden, um die Auswirkungen des Bauens bemessen zu können. Zudem werde maßnahmengestützt ein Stufenplan benötigt, um bis zum Jahr 2035 die Klimaneutralität im Tiefbaubereich zu erreichen. Dies stelle eine enorme Herausforderung dar und die Umsetzung dieses Ziels erscheine zum jetzigen Zeitpunkt als unmöglich. Zum Thema Bioasphalt sei noch ein Antrag seiner Fraktion anhängig.

BM Thürnau erklärt hierzu, dieser Aspekt klinge nach außen zwar sehr gut, jedoch bestehe Asphalt stets aus zwei relevanten Bestandteilen: Zum einen handle es sich um Gestein und zum anderen um Bindemittel. Zudem bestehe ein Produktionsprozess, bei dem derzeit versucht werde, das erdölbasierte Bindemittel Bitumen beispielsweise mit Algen, Holzabfällen oder Schweinegülle zu kompensieren. Damit werde der Asphalt jedoch nicht zu einem 100-prozentigen CO₂-neutralen Bioasphalt umgewandelt. So stelle sich die Frage, welche Art Asphalt beispielsweise bei dem Bau oder der Sanierung eines Kanals eingesetzt werden solle. Allein aus baulicher Sicht komme man seiner Einschätzung nach schlussendlich nicht umhin, gewisse Materialien verwenden zu müssen, so BM Thürnau.

StR Ozasek führt aus, der Einsatz von biogenen Reststoffen, biobasierten Kunst- und Baustoffen sowie von Rezyklaten lasse sich über einen Stufenplan abbilden. Das Bundesumweltamt habe klargestellt, dass ein 100-prozentiges zirkuläres Bauen aus technischer Sicht denkbar sei. Obwohl dieses Ziel mit einem immensen technischen Aufwand verbunden sei, müsse dieses Vorhaben angegangen werden. In diesem Zusammenhang habe seine Fraktionsgemeinschaft einige Anträge zu den Doppelhaushaltsplanberatungen gestellt. Hinsichtlich der Ausweitung der Klimarelevanzprüfung auf die städtischen Beteiligungsunternehmen fehlten entsprechende Inhalte im Bericht der Verwaltung. Dies solle in der Folgeberichterstattung erfolgen.

In Bezug auf das Thema "CO₂-Restbudget" sei es für ihn ein sehr wichtiges Anliegen, dies im Zusammenhang mit dem Antrag Nr. 343/2023 mit zu behandeln, so StR Ozasek. Es sei erfreulich, dass dieser Aspekt nun von allen getragen werde. Diese Restbudgetierung werde benötigt, da ein Zieljahr 2035 allein nicht ausreiche. Vielmehr müsse ein den Pariser Klimazielen konformer Dekarbonisierungspfad erstellt werden, zu dem der Baubereich hinzugehöre. Dies sei lediglich mit einem Restbudget und einem systematisch zu reduzierenden Emissionsvolumen möglich, und nicht mit abstrakten Jahreszahlen. Die entsprechende Folie habe Herr Dr. Görres zwar nicht gezeigt, aber den Gremiumsmitgliedern im Vorfeld zugeschickt. Die Aussage, dass dieser Aspekt nicht möglich sei und sich nicht im kommunalen Wirkungshorizont umsetzen lasse, wolle er an dieser Stelle nicht stehen lassen. Es sei erfreulich, dass sich die Abteilung Allgemeiner Service des Haupt- und Personalamts mit dem Thema Beschaffung beschäftige. Zu den Aspekten Zentraler Einkauf und Stellenschaffungen werde seine Fraktionsgemeinschaft entsprechende Anträge zu den Haushalts- und Stellenplanberatungen aufrufen.

StR Sakkaros (CDU) betont, der Vortrag der Verwaltung habe konkret aufgezeigt, wie die gesamte Thematik behandelt werden solle. Von StR Ozasek habe er den neuen Begriff "Bioasphalt" gelernt. Von seinen Vorrednern - ausgenommen StR Dr. Jantzer - habe er den Eindruck gewonnen, die Fraktionen machten neue Bauvorhaben zukünftig vom CO₂-Restbudget abhängig, was jedoch den falschen Ansatz darstelle. Zwar solle betrachtet werden, welche CO₂-Emissionen die Projekte verursachten, schlussendlich sei es allerdings eine politische Entscheidung, welche Bauprojekte durchgeführt würden. Der Standpunkt seiner Fraktion hinsichtlich des Baus von Tiefgaragen und Quartiersgaragen sei dem Gremium bekannt. Insgesamt dauerten die Prozesse bislang schon zu lange und es stelle sich die Frage, ob diese durch die Anwendung der Tools noch weiter verzögert würden und ob die gewünschten Effekte durch diese Tools erzielt würden. Statt die Bauvorhaben zukünftig vom CO₂-Restbudget abhängig zu machen, sollten als Ziel zunächst die Mieten durch Neubau verringert werden. Der Straßenverkehr solle fließen und aus diesem Grund müsse ebenso gebaut werden. Das Wohl der Bürger müsse als Maßstab herangezogen werden und nicht die Frage, ob beispielsweise eine Brücke in diesem oder im nächsten Jahr gebaut werde. Der Stadtrat erkundigt sich, ob sich der errechnete Score beispielsweise im Fall eines zusätzlich gebauten Geschosses derartig verschlechtere, dass diese Geschoss nicht erbaut werden dürfe und dadurch auf zusätzliche Wohneinheiten verzichtet werde. Ebenso sei nicht aufgezeigt worden, wie sich dieser Score errechne. Der Stadtrat erkundigt sich, was bei der Anwendung der CO₂-Budgetierung und den verschiedenen Berechnungen beispielsweise in Bezug auf einen bestehenden Bau wie die Rosensteinbrücke geschehe, die aufgrund mangelnder Tragfähigkeit gesperrt sei und saniert werden müsse. Schließlich entstehe aufgrund der Sperrung ein höheres Verkehrsaufkommen, da sowohl der ÖPNV als auch der Individualverkehr entsprechend ausweichen müsse und somit ebenso CO₂ erzeugt werde. Angesichts der Diskussion über den Zeitpunkt der Fertigstellung und über die Dimension der Brücke sei die Frage, ob diese Aspekte miteinberechnet würden.

Ein gewisses Augenmaß sei bei diesem Thema gefragt, betont StR Zaiß (FW). Gegen Recycling und Sanierung sei ebenso wenig einzuwenden wie gegen Altbauten. Allerdings ergebe eine Sanierung dann keinen Sinn, wenn dieser Umbau höhere Kosten verursache als ein Abriss und anschließender Neubau.

StR Rockenbauch (Die FRAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) kritisiert die Ausführungen von StR Sakkaros bezüglich des CO₂-Restbudgets. Schließlich lebten die Menschen auf einem endlichen Planeten mit endlichen Ressourcen. Daher müsse auf diese Endlichkeit Rücksicht genommen werden und sich daran orientiert werden. Wenn die Lebensgrundlagen durch die menschliche Produktions- und Lebensweise zerstört würden, sei es unnötig, sich über Wohlstand oder die Begleichung der Miete zu sorgen. Bei einem Restbudget sei es nicht problematisch, in einem Jahr einmalig über diesem zu liegen, falls im darauffolgenden Jahr wieder mehr CO₂ eingespart werde. Es gehe vielmehr um das Gesamtvolumen über mehrere Jahre bis zu Jahr 2035 und einem gewissen Abwägungsprozess über die Notwendigkeit von Großprojekten.

BM Thürnau betont, im Hinblick auf den Prozess der Klimarelevanzprüfung sei ausgesagt worden, dass zu einem wesentlich früheren Zeitpunkt eine CO₂-Bilanz vorgelegt werden müsse. Es stelle sich nach seinem Verständnis die Frage, zu welchem Zeitpunkt dies erfolgen solle. Hierzu wird ihm signalisiert, dies solle in Phase drei geschehen. BM Thürnau erkundigt sich, wieviel Personal er hierzu einstellen und wie er dieses finden solle. Der Wunsch nach der von Teilen des Gremiums vorgeschlagenen frühen

Anwendungsweise von Tools sei durchaus nachvollziehbar. Allerdings müsse klar sein, dass dies an anderer Stelle Kapazitäten binde.

An BM Pätzold und Herrn Dr. Görres gewandt erkundigt sich BM Thürnau, ob die Ämter in den Berechnungsmodellen auf dieser von ihm angesprochenen Basis eingebunden gewesen seien und geprüft hätten, welcher Arbeitsaufwand mit einer frühen Anwendung der Tools verbunden sei. Der Bürgermeister betont, er könne diese Frage nicht beantworten, da er noch nicht mit diesen Tools gearbeitet habe. Daher schlägt er für den Hoch- und Tiefbau eine entsprechende Bilanzierung vor. Herr Dr. Görres betont, die Berechnungen mit Tools seien nicht lediglich im AfU, sondern in einem Team gemeinsam mit dem Hoch- und Tiefbauamt durchgeführt worden. Er könne die Frage nach dem Mehraufwand jedoch nicht beantworten, wolle dieser wie auch den anderen in den Wortbeiträgen angesprochenen Aspekten allerdings nachgehen. Herr Dr. Görres schlägt in diesem Zusammenhang einen Austausch in einer kleinen Gruppe der beteiligten Akteure vor, um darzustellen, was das NBBW-Tool leisten und wie das entsprechende Budget errechnet werden könne.

StR Kotz (CDU) betont, in der Logik könne er die Ausführungen von StR Rockenbauch und StR Ozasek in der Form nachvollziehen, beispielsweise bei der Erneuerung eines Kanals dessen Anteil auf das CO₂-Restbudget zu berechnen und dadurch auf den Bau einer Großveranstaltungshalle zu verzichten. Dabei bestehe ein Abwägungsprozess, welche Projekte zwingend notwendig seien und welche nicht. Diese Vorgehensweise teile er jedoch nicht, da er der festen Überzeugung sei, dass sich auf diese Weise der größte Teil der Bevölkerung abwende. Schließlich habe die Bürgerschaft das Interesse, beispielsweise trotz des Baus eines neuen Kanals ebenso eine neue Konzerthalle zu erhalten. Falls dies nicht geschehe, sei die Bürgerschaft frustriert und nicht mehr am Klimaschutz interessiert. Aus repräsentativen Umfragen der Republik werde deutlich, auf welche Position das Thema Klimaschutz bei den Prioritäten abgerutscht sei. Auf den vorderen Plätzen rangierten nun u. a. die Flüchtlingsthematik und der Aspekt der wirtschaftlichen Sicherheit, während das Thema Klimawandel und Klimaschutz lediglich auf Platz 6 oder 7 zu finden sei. Nach Auffassung des Stadtrats sollten in den Haushaltsplanberatungen wesentlich mehr Maßnahmen für den Aspekt der Klimaanpassung eingestellt werden. Dieses Thema werde die Menschen einholen, da global anders in Bezug auf den Klimaschutz agiert werde, als in der LHS. Abgesehen von der Welt oder Europa würden sogar in anderen deutschen Städten weniger finanzielle Mittel in den Klimaschutz investiert als in Stuttgart. Der Einfluss der Stadt auf den globalen Klimawandel sei überschaubar. Da die Abwägung auf Grundlage der dargestellten Berechnungen über Tools allein mathematisch herbeigeleitet sei und keinerlei politischen Interpretationsspielraum zulasse, verliere man die Stadtgesellschaft und die Ziele des Klimaschutzes könnten in keinsten Weise erreicht werden.

An StR Kotz gewandt betont StR Rockenbauch, das Thema Klima- und Umweltschutz habe in den Umfragen jahrelang höchste Priorität genossen. Jetzt bestehe eine Situation, in der die Partei von StR Kotz seit dem Gebäudeenergiegesetz bundespolitisch in Hauptverantwortung eine Kampagne fahre, in der gewisse Probleme wie die Überforderung durch Flüchtlinge fiktiv kreiert würden. Das Politbarometer für Baden-Württemberg zeige, dass im März dieses Jahres das Thema Klima und Umwelt noch höchste Priorität besessen habe. Daraufhin sei in der Parteispitze der CDU ein Rechtsruck vorgenommen und eine Überforderungsrhetorik aufgeföhren worden.

In nur wenigen Fällen könne im Baubereich eine Klimaneutralität im gesamten Lebenszyklus erreicht werden, so StR Rockenbauch. Allerdings stehe das Bemühen im Vordergrund, die Handlungsräume trotz Restbudget zu vergrößern. Notfalls müssten auch Kompensationen in Erwägung gezogen werden. Dagegen dürfe das bisherige Vorgehen nicht weiter durchgeführt werden. Falls Grenzen akzeptiert würden, bedeute dies nicht, die Handlungsfähigkeit zu beenden.

Auch StR Roth widerspricht den Ausführungen von StR Kotz. Der Vortrag der Verwaltung beinhalte eine Kreislaufstrategie, die die Baumaterialien in Kataster überführt. Es sei aus Sicht der Stadt zu hoffen, Beton von einem abgebrochenen Gebäude in ein anderes Gebäude erneut einzusetzen. Das von StR Kotz sinngemäß erwähnte Motto "Ganz oder gar nicht" treffe nicht zu. Schließlich bestünden technische Innovationen wie beispielsweise Recycling-Beton usw. Dagegen dürfe zukünftig nicht einfach mit fossilem Beton weitergebaut werden.

An BM Thürnau gewandt kritisiert StR Roth, dieser habe sich in dessen vorherigem Wortbeitrag mit der Frage an Herrn Dr. Görres selber geoutet. Schließlich stehe BM Thürnau mit dem ihm unterstehenden Hoch- und Tiefbauamt ebenso in der Verantwortung, die entsprechenden Bilanzen vorzulegen. Zudem sei zu erwarten, dass Herr Holzer (HbA) ebenso an der Sitzung teilnehme und konkret über die Form der zukünftigen Bilanzierung informiert sei. Er erwarte von BM Thürnau und seinem technischen Referat, dass sie im ersten Halbjahr des nächsten Jahres im Ausschuss für Klima und Umwelt (AKU) vorstellig würden und aufzeigten, ob die Anwendung der Tools in Phase 3 möglich sei.

BM Thürnau betont, er habe sich nicht geoutet, sondern lediglich eine gewöhnliche Sachfrage gestellt. Natürlich könnten seine Ämter bis zur Leistungsphase 3 ein Bilanzformular ausfüllen. Er habe sich bei den Projektverantwortlichen erkundigt, ob diese ausgerechnet hätten, was dieses Vorgehen an Kapazitäten binde. Er sei nicht verantwortlich für das Projekt der Klimarelevanzprüfung, sondern müsse es lediglich umsetzen. Bei der Forderung nach einer Anwendung der Bilanzierung in der Leistungsphase 3 könne er schon aussagen, dass dann nicht mehr weitergebaut werde.

Das Tiefbauamt und das Hochbauamt prüften bereits den Einsatz von Recycling-Beton und Ähnlichem. So würden Brücken aus Holz und Karbongemischen mit Recycling-Beton gebaut, damit möglichst wenig Frischbeton verwendet werden müsse. Die aus seiner Sicht latente Unterstellung, das technische Referat wäre "old-school", weist BM Thürnau weit von sich. Falls dieses Projekt durchgeführt werde, müssten 8,5 Personalstellen für das Thema Building Information Modeling (BIM) geschaffen werden, da aus dem BIM-System heraus die Möglichkeit bestehe, umgehend Baustoffmengen abzurufen und das System zu bedienen. Anderenfalls werde das Pferd von hinten aufgezäumt.

Es sei nachvollziehbar, dass das Hoch- und Tiefbauamt zahlreiche Dinge gut angingen, so StR Peterhoff (90/GRÜNE). Mit der Energierichtlinie sei ein großer Schritt erreicht worden, bei dem gewisse Grundsätze definiert worden seien. Allerdings müsse nun eine Grundlage geschaffen werden, um gute Entscheidungen treffen zu können. Sowohl beim Hochbauamt als auch beim Tiefbauamt bestünden zahlreiche Berechnungstools, mit denen entsprechende Berechnungen erfolgen könnten. Ein geeignetes Tool stelle keine überflüssige Arbeitsbeschaffungsmaßnahme dar, sondern biete dem Gemeinderat eine positive Entscheidungsgrundlage. Daher bitte seine Fraktion das technische

Referat darum, das entsprechende Interesse hierfür zu zeigen und dieses Vorgehen zu unterstützen.

BM Thürnau betont, die Aussage von StR Peterhoff stehe in keinem Widerspruch zu seinem Wortbeitrag. Er habe lediglich ausgesagt, die Anwendung der Tools führe zu einem Mehraufwand, den er von denjenigen Beteiligten habe erfahren wollen, die das Projekt aufgelegt hätten. Danach solle im Gremium diskutiert werden, ob die Tools Anwendung finden sollten oder nicht. Falls die Stadträtinnen und Stadträte dies wünschen, werde die Verwaltung diesem Wunsch nachkommen. BM Thürnau verweist auf Aussagen von StR Rockenbauch, der oftmals etwa 50 Personalstellen eingefordert habe. Schließlich finde man bei 50 neuen Stellen nicht automatisch 50 neue Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt BM Thürnau fest:

Der Ausschuss für Klima und Umwelt hat von dem Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Haupt / as

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. *S/OB*
S/OB-Mobil
S/OB-Wohnen
Stabsstelle Klimaschutz
 3. *Referat AKR*
Haupt- und Personalamt
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
SWS
SWSG
 5. Referat T
Hochbauamt (2)
 6. Amt für Revision
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. *FDP-Fraktion*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand